



Kleine Anfrage

des Abgeordneten Oliver Kumbartzky (FDP)

und

Antwort

der Landesregierung – Minister für Energiewende, Klimaschutz, Umwelt und Natur

Rückbau der Kernkraftwerke - Zuverlässigkeitsüberprüfung von Personen

Vorbemerkung des Fragestellers:

In der Plenardebatte vom 22.02.2023 sagte Umweltminister Tobias Goldschmidt zum Tagesordnungspunkt „Für eine längere Laufzeit der Kernkraftwerke“: „Es ist eine Industrie in der Abwicklung. Wir sollten die Menschen, die diese Abwicklung machen, dabei unterstützen.“¹

1. Läuft der Rückbau der Kernkraftwerke planmäßig? Wenn nein, welche Verzögerungen gibt es und was sind die Gründe dafür?

Der Abbau der Kernkraftwerke wird durch deren Betreiber geplant und vom Land genehmigt. Bisher ist eine Stilllegungsgenehmigung für das Kernkraftwerk Brunsbüttel (Betreibergesellschaft KKB GmbH & Co. OHG) erteilt worden.

Nach Angaben der Betreibergesellschaft werden derzeit die Ausführungspläne für den Abbau der Systeme im Reaktorgebäude und den Abbau des Sicherheitsbehälters, für den Abbau der Systeme im Maschinenhaus und für den noch nicht genehmigten Abbau des Reaktordruckbehälters vorbereitet. Hinsichtlich der laufenden Abbaumaßnahmen teilt die KKB GmbH & Co. OHG

¹ <https://www.ndr.de/nachrichten/schleswig-holstein/Landtag-SH-mit-grosser-Mehrheit-gegen-laengere-AKW-Laufzeiten,shmag102198.html>

mit, dass die Zerlegung der Einbauten des Reaktordruckbehälters und der Abbau der Systeme im Reaktorgebäude und der Abbau des Sicherheitsbehälters voranschreiten. Verzögerungen sind beim Abbau nicht erkennbar und wurden von der Betreibergesellschaft auch nicht mitgeteilt. Stilllegungsanträge und -genehmigungen für die Anlagen in Krümmel, Geesthacht und Brokdorf werden erarbeitet. Atomkraft ist eine Hochrisikotechnologie. Auch beim Rückbau muss Sicherheit vor Schnelligkeit gehen.

2. Wie viele offene Anträge zur Zuverlässigkeitsüberprüfung von Personen liegen dem Ministerium für Energiewende, Klimaschutz, Umwelt und Natur vor? Handelt es sich hierbei um Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Kernkraftwerke und/oder um Fremdpersonal? Bitte für die drei Kernkraftwerke Krümmel, Brokdorf und Brunsbüttel nach Eingangszeitpunkt des Antrags auf Zuverlässigkeitsüberprüfung aufschlüsseln.

Sicherheit hat auch in der Nachbetriebs- und Stilllegungsphase der Atomkraftwerke höchste Priorität. Ein besonders sensibler Bereich ist hierbei das auf den Anlagen eingesetzte externe Personal. Das MEKUN führt in enger Abstimmung mit den Sicherheitsbehörden auf Landes- und Bundesebene sogenannte Zuverlässigkeitsüberprüfungen nach § 12b AtG durch. Nach einer internen Auswertung sind derzeit ca. 500 Anträge auf Überprüfung der Zuverlässigkeit in Bearbeitung, die noch nicht abschließend beschieden sind. Der überwiegende Teil davon betrifft sogenanntes Fremdpersonal, also Personal, das nicht in einem arbeitsrechtlichen Vertragsverhältnis zu einer der Betreibergesellschaften der Kernkraftwerke steht.

3. Was ist die durchschnittliche Bearbeitungszeit der Anträge zur Zuverlässigkeitsüberprüfung von Personen und wie bewertet die Landesregierung diese?

Das MEKUN erhebt keine statistischen Daten zu Anträgen auf Zuverlässigkeitsüberprüfungen nach § 12b AtG. Eine stichprobenhafte Auswertung einzelner Monate aus den Jahren 2021 - 2023 hat ergeben, dass die Bearbeitungsdauer im Mittel bei etwa 170 Tagen pro Antrag lag. Die tatsächlichen Bearbeitungszeiten wurden durch organisatorische Maßnahmen zuletzt erheblich verkürzt. Negative Auswirkungen auf den Stilllegungsbetrieb der Kernkraftwerke waren nicht erkennbar.

Die Überprüfung der Zuverlässigkeit dient dem Schutz gegen unbefugte Handlungen, die zu einer Entwendung oder Freisetzung radioaktiver Stoffe führen können. Deshalb kommt den sogenannten Erkenntnisfällen, also Fäl-

len, in denen beispielsweise den Strafverfolgungsbehörden oder den Verfassungsschutzbehörden Erkenntnisse über eine Person vorliegen, eine besondere Bedeutung zu. Aufgrund der einzelfallbezogenen Korrespondenz mit weiteren Behörden und der potentiellen Bedeutsamkeit der zu treffenden Entscheidung verursachen Erkenntnisfälle einen deutlich höheren zeitlichen Aufwand.